

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
IM LANDTAG NIEDERSACHSEN



# GRÜNE ERFOLGE

ZWEIEINHALB JAHRE ROT-GRÜN IN NIEDERSACHSEN







## EDITORIAL

### Liebe Leserinnen und Leser,

der lange Wahlabend am 20. Januar 2013 war spannend wie ein Krimi - am Ende stand das historisch beste Ergebnis von starken 13,7 Prozent für uns Grüne. Nach 19 Jahren Opposition hieß es endlich grünes Licht für Rot-Grün in Niedersachsen. Was haben wir seitdem auf den Weg gebracht?

Wir haben Niedersachsen weltoffener gemacht und legen wichtige Grundlagen für eine menschenrechtsbasierte Flüchtlingspolitik. Ein ganz besonderer Dank gilt dabei den Kommunen, allen Verantwortlichen in den Verbänden und zahlreichen ehrenamtlich Engagierten vor Ort, die dazu beitragen, dass Flüchtlinge hier in Niedersachsen Zuflucht finden und so unsere neuen Nachbarn werden können.

Die sanfte Agrarwende bringen wir in großen Schritten voran. Statt Me-

gaställe fördern wir Ökolandbau und Tierschutz. Mehr Verbraucherschutz schafft mehr Lebensqualität und die Freiheit, sich für eine bewusste und gesunde Ernährung zu entscheiden – Ernährung ist eben auch eine Frage der Haltung! Das Schulobstprogramm ist ein voller Erfolg: Tausende Schülerinnen und Schüler in ganz Niedersachsen haben dadurch nun regelmäßig in der Schule frisches, regionales und saisonales Obst auf dem Teller.

Die großen Windräder der Energiewende werden bei uns gedreht: Niedersachsen ist und bleibt Spitzenreiter bei der Windkraft. Wir treiben den Atomausstieg voran und setzen uns für einen transparenten und verantwortlichen Umgang mit Atommüll ein. Wir haben auf die Suche nach geeigneten Alternativen zum ungeeigneten Standort Gorleben bestanden. Und endlich hat der Bund ein Konzept für die Verteilung der übrigen Castoren vorgelegt –

ein großer Schritt zu mehr Gerechtigkeit.

Gute Bildung heißt für uns gleiche Chancen und individuelle Förderung. Die dritte Kraft in den Krippen ist ein wichtiger erster Schritt für mehr Qualität bei der frühkindlichen Bildung. Mit dem Ausbau der Ganztagschule, der erleichterten Gründung von Integrierten Gesamtschulen und der Abschaffung des Turbo-Abiturs schaffen wir mehr Raum zum gemeinsamen Lernen sowie mehr Durchlässigkeit und mit der Abschaffung der schwarzen Studengebühren haben wir eine weitere Bildungshürde abgebaut.

All das haben wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, aber auch mit Ihnen und Euch auf den Weg gebracht. Und gemeinsam haben wir noch viel mehr vor.

Herzlich

Ihre Anja Piel

# INHALT

3	EDITORIAL
4	INHALT/ IMPRESSUM
5	ÖFFENTLICHER LANDTAG
6	ERNEUERBARES NIEDERSACHSEN
8	NATÜRLICHES NIEDERSACHSEN
10	NACHHALTIGES NIEDERSACHSEN
12	MOBILES NIEDERSACHSEN
14	SCHLAUES NIEDERSACHSEN
16	FAIRES NIEDERSACHSEN
18	WELTOFFENES NIEDERSACHSEN
20	GESUNDES NIEDERSACHSEN
22	ZUKUNFTSSICHERES NIEDERSACHSEN
24	BÜRGERFREUNDLICHES NIEDERSACHSEN
26	ABGEORDNETE & MITARBEITER:INNEN

Impressum: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Niedersachsen, Theresa Junge, Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover. Redaktion: Theresa Junge (V.i.S.d.P.), Franziska Meusel. Bildnachweise: Pustebblume, Zug, Kreide, Arzt, PflegerInnen, Familie, Deutschlandkarte, schwimmer, menschenkette, handwerker © shutterstock; pixabay; Fahrrad, Wolf, Kuh, Blumen, Tafel, Landwirtschaft © istockphoto.com. Gestaltung: p\*zwe . Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden. Stand: Juli 2015.



# ÖFFENTLICHER LANDTAG

- ✓ Ausschüsse öffentlich gemacht
- ✓ Unterausschuss für Verbraucherschutz eingerichtet
- ✓ Mehr Mitbestimmung für die Kommission für Migration und Teilhabe
- ✓ Petitionswesen reformiert

Wer wissen will, wie es um die Streitkultur und Kompromissfähigkeit der Politiker bestellt ist, kann sich in Niedersachsen seit dieser Wahlperiode ganz leicht selbst ein Bild machen: Die Ausschüsse des Landtags tagen nun öffentlich. Jeder Bürger darf sich in eine Sitzung der Fachausschüsse setzen. Das war jedoch nicht immer so, unter Schwarz-Gelb hieß es noch: Bürger müssen draußen bleiben.

Die Kommission für Migration und Teilhabe (früher „Kommission für Fragen der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund“) bekam nicht nur einen neuen Namen, auch ihre Arbeit wurde grundlegend umgestaltet: Das Einstimmigkeitsprinzip wurde abgeschafft und der Kommis-

sion so ermöglicht, eine aktivere Rolle in der parlamentarischen Arbeit zu spielen.

Dioxin in Eiern, Pferdefleisch in der Lasagne, unfaire Energiepreise – Themen, die wir noch offensiver auf die politische Agenda setzen wollen. Wir Grüne verstehen uns als politische Stimme für die Verbraucher. Deshalb haben wir den Unterausschuss „Verbraucherschutz“ neu eingerichtet.

Mehr Bürgerbeteiligung haben wir mit der Reform des Petitionswesens auf den Weg gebracht. Die Zuständigkeit des Petitionsausschusses wurde bereits ausgeweitet und für öffentliche Petitionen soll es künftig ab einem Quorum von 5000 Unterschrif-

ten eine öffentliche Anhörung geben. Auch das Angebot des Landtages für Online-Petitionen soll ausgebaut werden.

Noch mehr Transparenz im Landesparlament: Die Offenlegungspflicht für Nebeneinkünfte von Landtagsabgeordneten wurde deutlich ausgeweitet. Schließlich wurde die „Rente mit 67“ endlich auch für Landtagsabgeordnete eingeführt, sodass Abgeordnete ihre Altersbezüge zukünftig im Regelfall erst mit 67 erhalten werden.



Rot-grüne Gesetzentwürfe



114

Rot-grüne  
Entschließungs-  
anträge

903



Tage transparent und bürgernah, bunt und vielfältig  
Stand: 13. Juli 2015

# ERNEUERBARES NIEDERSACHSEN

- ✓ Beraten, vernetzen, fördern: Die neue Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen
- ✓ Windenergieerlass schafft Planungssicherheit für die Energiewende
- ✓ CCS-Gesetz verhindert unterirdische CO<sub>2</sub>-Verpressung
- ✓ Einsatz in der Endlager-Kommission für eine ergebnisoffene, vergleichende Endlagersuche
- ✓ Atomaufsicht für die Zwischenlager beim Land gebündelt
- ✓ Vorfestlegungen auf den Standort Gorleben reduziert

Wir haben beste Voraussetzungen für eine klimafreundliche Energieversorgung mit Wind und Sonne. Diese Chancen nutzen wir. Denn als Küstenland sind wir schon heute vom Klimawandel betroffen. Die Risiken des Atomzeitalters lasten mit der havarierten Asse, dem umstrittenen Endlager „Schacht Konrad“, dem Standort Gorleben und weiteren Atomstandorten auf unserem Bundesland.

## Grünstrom ins Netz

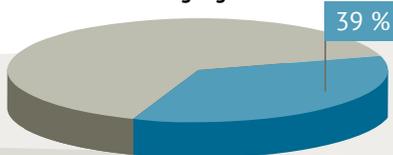
Im Bund haben wir erfolgreich für die weitere Förderung der Wind- und Sonnenenergie gestritten. Insbesondere die Sonnenenergie wird langfristig den größten Beitrag leisten. Im Land unterstützen wir mit dem Windenergieerlass eine natur- und sozialverträgliche Windnutzung und geben der lokalen Planung eine Orientierungshilfe. Kleinen und lo-

kalen Akteuren wollen wir auch zukünftig faire Marktchancen sichern. So wird die Energiewende weiter vor Ort gestaltet.

## Stromkabel in den Boden

Um Konflikte vor Ort zu entschärfen, setzen wir auf Erdverkabelung. So kommt der Strom zum Verbraucher und der notwendige Netzausbau kann flexibler gestaltet werden.

Schon heute: Erneuerbare decken 39 % der Stromerzeugung im Land



55.000 Arbeitsplätze in Niedersachsen in der Erneuerbare-Energien-Branche



Keine Angst vorm Wind:

Status 2014 1 % der Landesfläche für Windenergie

Ziel 2050 1,4 % der Landesfläche für Windenergie

130  
Energiegenossenschaften  
in Niedersachsen –  
Energie in Bürgerhand



7 Millionen Euro jährlich für die energetische Sanierung landeseigener Gebäude





### Höchste Priorität: Umwelt und Trinkwasser

Wir bestehen auf höchste Sicherheitsstandards in der Erdöl- und Erdgasförderung. Rot-grüne Kompromisslinie zum Fracking: Die unkonventionelle Schiefergasförderung lehnen wir strikt ab. Die Spielräume des Landes nutzen wir, die konventionelle Förderung sicherer zu machen. Umweltverträglichkeitsprüfungen mit Bürgerbeteiligung werden verpflichtend.

### Klima schützen, Kommunen stärken

Die neue Klimaschutz- und Energieagentur ist Multiplikatorin für den kommunalen und betrieblichen Klimaschutz. Das Land geht als Vorbild voran und investiert jährlich sieben Millionen Euro in die energetische Gebäudesanierung. Mit unserem Programm „Niedersächsische Moorlandschaften“ schützen wir einzigartige Naturlandschaften – und reduzieren den CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Das Ziel lautet: 100 Prozent erneuerbar, 100 Prozent kli-

mafreundlich. Dafür bringen wir ein Klimaschutzgesetz auf den Weg.

### Atomausstieg umsetzen

Die Atomaufsicht muss veränderten Anforderungen an Transparenz, Beteiligung und Sicherheit gerecht werden. Deshalb unterzieht das Land allen Atomstandorten einem Stresstest und hat die Aufsicht für Zwischenlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle übernommen.

### Neustart für die Endlagersuche

Die Endlager-Kommission wurde auf Druck von Niedersachsen eingerichtet. Die Arbeit gestaltet sich jedoch sehr kontrovers: Ein transparenter Neuanfang ist von vielen nicht gewollt. So müssten alle Arten von Atommüll in den Blick genommen werden, denn es ist völlig unklar, wie beispielsweise die rückgeholten Asse-Abfälle entsorgt werden sollen.

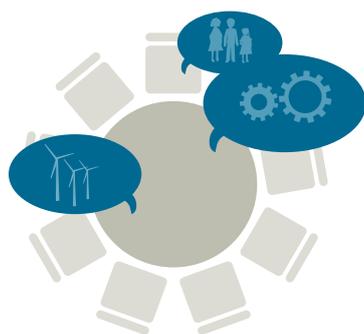
### Gorleben: Der Fleck muss weg

Niedersachsen setzt sich für eine

ergebnisoffene Endlagersuche ein. Die Castor-Transporte ins Wendland wurden gestoppt. Wir haben den Rahmenbetriebsplan Gorleben für erledigt erklärt, das Planfeststellungsverfahren nach veraltetem Bergrecht beendet und den Offenhaltungsbetrieb deutlich reduziert. Doch Gorleben bleibt der schwarze Fleck auf der vorgeblich weißen Landkarte.

### Atomkonzerne in Haftung nehmen

Die Betreiber der Atomkraftwerke müssen für den Rückbau und die Entsorgung des Atommülls zahlen. Wir setzen uns dafür ein, die Rückstellungen der Atomindustrie in einem öffentlichen Fonds zu sichern – nicht zu verwechseln mit einer „Bad Bank“, die das finanzielle Risiko der öffentlichen Hand überträgt. Zudem muss die Brennelementesteuer über das Jahr 2016 hinaus verlängert werden.



50 Teilnehmer aus Wirtschaft, Umweltverbänden und Zivilgesellschaft **am Runden Tisch Energiewende**



Sicher für 1 Million Jahre – Anforderung an ein Atommüll-Endlager



# NATÜRLICHES NIEDERSACHSEN

- ✓ Neue Naturschutzstrategie und neues Landschaftsprogramm in Arbeit
- ✓ Naturschutzförderprogramme gestärkt
- ✓ Moorschutz verbessert
- ✓ Erfassung der Tier- und Pflanzenarten wird intensiviert
- ✓ Umwelt- und Naturschutzverbände gestärkt
- ✓ Brenntage abgeschafft
- ✓ Masterplan Ems verabschiedet
- ✓ Vom Tisch: Weserpipeline zur Ableitung der Kaliabwässer aus Hessen in die Oberweser
- ✓ Der Drömling wird bundesländerübergreifendes Biosphärenreservat
- ✓ Notwendige Maßnahmen zum Schutz des Dümmers eingeleitet

Die Naturschutztage in Schneverdingen waren seit Anfang der neunziger Jahre ein wichtiges Dialogforum des behördlichen und verbandlichen Naturschutzes. Zwischenzeitlich von der schwarz-gelben Landesregierung abgeschafft, wurden die Naturschutztage gleich nach Regierungsübernahme wiederbelebt. Zugleich

war das der Startschuss für die niedersächsische Naturschutzstrategie – für einen ganzheitlichen Naturschutz mit einer fachlichen und rechtlichen Stärkung.

### Feuer eingestellt

Bläss-, Saat- und Ringelgänse sind in Niedersachsen jetzt vollständig

geschützt. Darüber hinaus haben wir die Jagdzeiten zum Schutz rastender und überwinternder Gänse und Enten in den für sie eingerichteten Schutzgebieten deutlich verringert.

### Verwerten statt verbrennen

Das Verbrennen von Gartenabfällen, das in einigen niedersächsischen



**Erstmals:** Naturverträgliche Zielwerte für Salz in der Weser

**Heimisch:** Über 60 Wölfe in Niedersachsen



**Sauber** – Anzahl der Brenntage ab 2015:



**Geschützt:** 200.000 Gänse raus aus dem Jagdrecht





Kommunen regelmäßig für Streit in der Nachbarschaft gesorgt hat, ist grundsätzlich nicht mehr möglich. Eine Landesverordnung, die es den Kommunen ermöglicht hat, Brenntage für Grün- und Strauchschnitt festzusetzen, wurde nicht verlängert. Jetzt ist es nur noch im begründeten Einzelfall möglich, dieses Material zu verbrennen. Brauchtumsfeuer bleiben selbstverständlich möglich.

#### **Perspektiven für die Ems**

Für die Ems, den durch Ausbaggerungen und Anstau wohl meist geschundenen niedersächsischen Fluss, gibt es endlich eine Perspektive. In dem von Landesregierung, betroffenen Landkreisen, Umweltverbänden und der Meyer-Werft gemeinsam ausgehandelten Masterplan Ems werden umfangreiche Maßnahmen festgelegt, mit denen Ökologie und Ökonomie an der Ems wieder in Einklang gebracht werden. Damit wurde ein jahrelanger, zum Teil erbittert geführter Streit endlich befriedet.

#### **Gewässerschutz – eine Aufgabe mit vielen Facetten**

Ein zentrales Anliegen grüner Umweltpolitik ist der Schutz unseres Wassers: Die Einträge in Grund- und Oberflächengewässer müssen vermindert, die Bäche und Flüsse ökologisch aufgewertet und potenzielle Gefahren – etwa durch Schadstoffeinträge – vermieden werden. Hier haben wir einiges auf den Weg gebracht: Die Salzeinträge in die Weser müssen bis 2027 schrittweise verringert werden, die Mittel für die Renaturierung unserer Fließgewässer wurden deutlich erhöht. Mit verbesserten Kontrollen der landwirtschaftlichen Düngung gehen wir konsequent das Problem der Nitratbelastung des Grundwassers an.

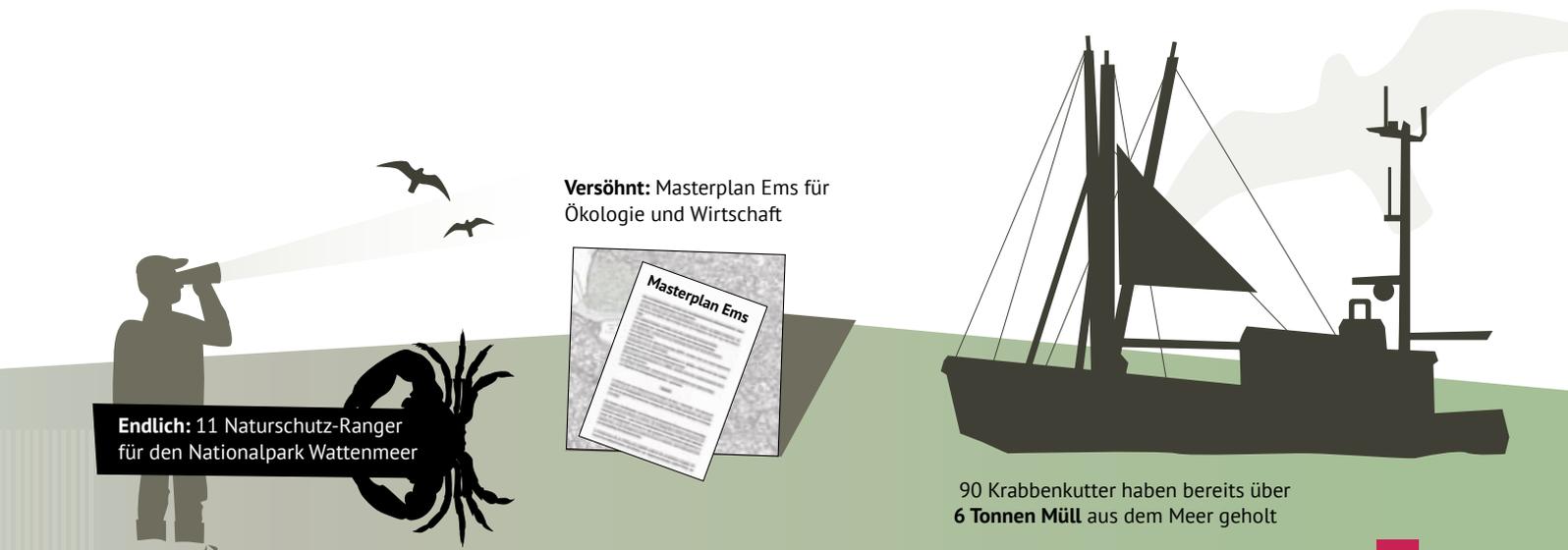
#### **Weniger ist MEER**

Sieben niedersächsische Häfen mit mehr als 90 dort beheimateten Krabbenkuttern helfen, das Meer sauberer zu machen. „Fishing for Litter“ heißt das vom NABU und dem niedersächsischen Umweltministe-

rium gemeinsam getragene Projekt, bei dem Fischer ihren Müll-Beifang kostenlos im Hafen entsorgen können. Mehr als sechs Tonnen Müll sind auf diese Weise in den vergangenen zwei Jahren aus dem Meer geholt worden.

#### **Der Wolf ist wieder heimisch**

Rund 60 Wölfe leben wieder in Niedersachsen. Ein Erfolg für den Artenschutz, der aber nicht frei von Konflikten ist. Viele Menschen machen sich Sorgen, wie man sich bei Begegnungen verhält. Hier muss Aufklärungsarbeit geleistet werden. Als Beutegreifer vergreift sich der Wolf bisweilen auch an Nutztieren. Deshalb wird seit Anfang 2015 nicht mehr nur der Schaden ausgeglichen, sondern auch präventive Maßnahmen gefördert – zum Schutz von Schaf, Ziege und Co.



**Endlich:** 11 Naturschutz-Ranger für den Nationalpark Wattenmeer

**Versöhnt:** Masterplan Ems für Ökologie und Wirtschaft

90 Krabbenkutter haben bereits über **6 Tonnen Müll** aus dem Meer geholt

# NACHHALTIGES NIEDERSACHSEN

- ✓ Umweltverträgliche Rahmenbedingungen für den Einsatz von Dünger
- ✓ Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes wird vorangetrieben
- ✓ Schulobstprogramm erfolgreich gestartet
- ✓ Der Tierschutzplan wird 1:1 umgesetzt
- ✓ Erstmals Förderung einer tiergerechten Nutztierhaltung
- ✓ Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft
- ✓ Agrarumwelt- und Naturschutzförderprogramme verbessert und ausgebaut
- ✓ Bessere Beratung bei Gewässerschutz
- ✓ Beitritt zum Bündnis der gentechnikfreien Regionen
- ✓ Stärkung der Verbraucherzentralen

Probleme lösen und Chancen nutzen. So lässt sich die Ausrichtung der von Rot-Grün in Niedersachsen seit der Regierungsübernahme auf den Weg gebrachten sanften Agrarwende beschreiben. Dabei gilt es einerseits, die landwirtschaftlichen Betriebe zu stützen, andererseits aber auch, die Landwirtschaft so zu

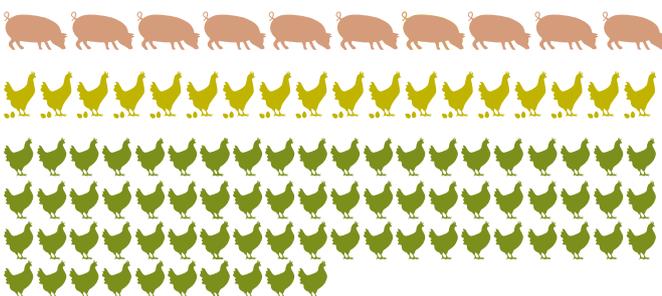
gestalten, dass sie Luft, Wasser und Boden nicht über Gebühr belastet und Tiere artgemäß gehalten werden.

### Die Dosis macht das Gift

Gülle oder Mist sind wertvoller Dünger für unsere Felder. Allerdings fällt im westlichen Niedersachsen

aufgrund der Massentierhaltung deutlich mehr Gülle, Hühnerkot und Mist an, als die Felder verkraften können. Um die Überdüngung, die unser Grundwasser massiv belastet, zu stoppen, müssen zunächst die anfallenden Mengen und ihr Verbleib transparent gemacht werden. Der veröffentlichte Nährstoff-

Rund 10 Mio. Mastschweine, 18 Mio. Legehennen und 70 Mio. Masthühner in niedersächsischen Ställen





bericht zeigt, wie viel überhaupt anfällt und wohin der Überschuss verbracht wird. An einer Nährstoffdatenbank, die auch einzelne Betriebe erfasst, wird intensiv gearbeitet. Für Gülle-Verklapper, die in der Vergangenheit kaum befürchten mussten, erwischt zu werden, wird es allmählich eng.

### Den Antibiotikaeinsatz halbieren

Der Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung soll mindestens halbiert werden, fordert der Koalitionsvertrag. Rund 1.500 Tonnen Antibiotika wurden im letzten Jahr bundesweit in der Tierhaltung eingesetzt – annähernd die Hälfte davon in Niedersachsen. Um das Halbierungsziel zu erreichen, wird seit Frühsommer 2015 gezielt bei Betrieben mit deutlich überdurchschnittlichem Verbrauch angesetzt: 25 zusätzliche Stellen für die Minimierung des Antibiotikaeinsatzes hat die Landesregierung beim Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES) geschaffen.

### Schulobst macht Schule

Über 600 Schulen werden seit dem Schuljahr 2014/2015 drei Mal pro Woche mit frischem Obst beliefert. Das niedersächsische Schulobstprogramm ist damit schon im ersten Jahr der Einführung ein voller Erfolg. Das Programm richtet sich an Grundschulen und an Förderschulen bis zur 6. Klasse. Die Schulobstförderung hat neben einer gesunden Ernährung der Kinder auch ein pädagogisches Ziel: Schon von klein auf sollen Kinder gesundes, saisonales Obst und Gemüse kennen und schmecken lernen.

### Schwanz und Schnabel bleiben dran

Tiere sollen sich nicht den Ställen anpassen, sondern die Ställe sich an die Tiere. Ein wesentlicher Beitrag dazu ist, dass ab Ende 2016 auf das Kupieren der Schwänze von Ferkeln und das Schnabelkürzen bei Hühnern verzichtet werden soll. Landwirte, die bereits früher mit dem Schwänzekupieren Schluss machen, bekommen dafür eine Prämie aus

dem erstmalig in Niedersachsen aufgelegten Förderprogramm für mehr Tierschutz in der Nutztierhaltung.

### Einsatz gegen Glyphosat

Der Pflanzenschutzmittelwirkstoff Glyphosat – der mit zunehmender Tendenz am häufigsten eingesetzte Herbizid-Wirkstoff – ist nach Untersuchungen der Weltgesundheitsorganisation WHO „wahrscheinlich krebserregend“ beim Menschen. Die Landesregierung hat das zum Anlass genommen, massiv beim Bund und bei der EU-Kommission dafür einzutreten, die Zulassung des Pflanzengifts nicht über das Jahr 2015 zu verlängern. Ein erster Erfolg: Auf sogenanntem Nichtkulturland – u.a. gepflasterte Flächen – darf Glyphosat ab sofort nicht mehr eingesetzt werden. Den Einsatz auf landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Flächen kann das Land jedoch nicht verbieten, solange Glyphosat in der EU zugelassen ist.



25 zusätzliche Stellen beim LAVES für den Kampf gegen den überhöhten Antibiotikaeinsatz



Mehr Kontrolle für Futter- und Lebensmittel: 183 zusätzliche Stellen beim LAVES bis 2016



Glyphosat aus dem Handel ziehen

Mehr Tierschutz in der Nutztierhaltung: 28 Millionen Euro bis 2020



Farbe ins Feld: über 20.000 Hektar Blühstreifen auf den Feldern



628 Schulen im Schulobstprogramm



# MOBILES NIEDERSACHSEN

- ✓ Mittel von der von der Straße zum ÖPNV umgelenkt
- ✓ Bis zu 30 Bahnstationen gehen wieder ans Netz
- ✓ Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken
- ✓ Millionenschweres Programm für kommunale Radwege
- ✓ Die Fähre zwischen Brunsbüttel und Cuxhaven fährt bald wieder
- ✓ Nach Jahren der schwarz-gelben Vernachlässigung: Die Beschaffung neuer Busse wird wieder gefördert
- ✓ Über 120 Millionen Euro für schnelles Internet in der Fläche
- ✓ „Niedersächsische Breitbandstrategie“ stärkt Rolle der Kommunen
- ✓ Ein wegweisendes Landestourismuskonzept entwickelt
- ✓ Erstmals landesweiter Wettbewerb für nachhaltige Tourismusprojekte

Immer mehr Menschen wollen sich unabhängiger und umweltfreundlicher bewegen. Der Trend geht ganz klar hin zu Carsharing, Fahrradfahren, Bus und Bahn. Für Straßen gilt für uns nach wie vor: Erhalt vor Neubau. Verfall unserer Infrastruktur stoppen statt Investitionen in Beton versenken. Um den Sanierungsstau vergangener Jahre zu beheben,

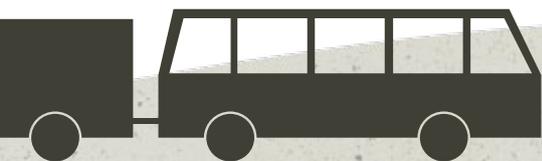
braucht es gemeinsame Anstrengungen statt Kirchturmdenken. Wir brauchen dringend eine Verkehrsinfrastrukturpolitik aus einem Guss, die vernünftige Schwerpunkte setzt und deren Komponenten aufeinander abgestimmt sind.

### Mehr öffentlicher Verkehr

Wir wollen, dass die Bahn in der

Fläche eine echte Alternative zum Auto ist. Deswegen lassen wir nach vielen Jahren der Stilllegungen erstmals wieder Bahnstrecken reaktivieren und nehmen in den kommenden Jahren wieder bis zu 30 Bahnstationen ans Netz. Auch der ÖPNV, vor allem im ländlichen Raum, bekommt wieder mehr Aufmerksamkeit.

Erstmals werden Anhänger an Bussen für den Fahrrad-Transport gefördert



32 Millionen für kommunale Radwege



Umweltfreundliche Antriebe werden gefördert



120 Millionen für schnelleres Internet - überall



1. Platz: Mit 7500 km Radwegen bundesweit Spitzenreiter





### Klimafreundlich und transparent

Damit das nicht nur eine schöne Überschrift bleibt, fördern wir die Anschaffung neuer Busse mit umweltschonenden Antrieben. Übrigens: Erstmals fördert das Land auch Bus-Anhänger für den Transport von Fahrrädern. Wir wollen kein Stuttgart 21-, BER-, oder Elbphilharmonie-Debakel. Deshalb setzen wir auf Transparenz und Beteiligung. So haben wir mit dem Dialogforum zur Y-Trasse ein bundesweit einmaliges Verfahren der öffentlichen Beteiligung geschaffen.

### Spitzenreiter beim Radverkehr

Niedersachsen nimmt mit 7500 Kilometern Radwege an Landes- und Bundesstraßen bundesweit den Spitzenplatz ein. Ob mit einem Programm für kommunale Radwege, der längst überfälligen Erfassung des Sanierungsbedarfs im Bestand oder der Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen: Wir sorgen dafür, dass unser Land die Pole Position hält.

### Bundesverkehrswegeplan 2015

Niedersachsen hat 214 Straßen mit einem Gesamtvolumen von 12,2 Milliarden Euro für den BVWP 2015-30 angemeldet. Wenn der Bund ähnlich viele Mittel zur Verfügung stellt, wie in den vergangenen Jahren, dann bräuchte es 86 Jahre, um alle Projekte abzuarbeiten. Der BVWP deckt aber nur 15 Jahre ab! Deswegen gehören alle Straßen, deren Bau nicht 2015 begonnen wird, erneut auf den Prüfstand.

### Wasserwege nutzen und schützen

Schiffe haben sich den Wasserwegen anzupassen und nicht die Flüsse den immer größer werdenden Schiffen. Dennoch wollen wir Güter- und Schwerlasten von der Straße aufs Wasser verlagern. Den zukunftsfähigen und modernen Ausbau des Elbe-Seitenkanals haben wir auf den Weg gebracht. Die maritime Wirtschaft hat mit 40.000 Beschäftigten eine große Bedeutung für Niedersachsen. Umweltverschmutzung in diesem Bereich begegnen wir unter anderem mit einem Greenshipping-Kompetenzzentrum.

### Mehr Urlaub in Niedersachsen

Niedersachsen ist ein beliebtes Urlaubsland. Intakte Natur und Landschaft, Weltnaturerbe Wattenmeer und Harz, Moorlandschaften und das Weserbergland – Niedersachsen hat auch als Reiseland viel zu bieten. 2014 ist die Zahl der Übernachtungen einmal mehr auf jetzt 40,4 Millionen gestiegen. Und weil Familienfreundlichkeit, Barrierefreiheit und eine unkomplizierte Mobilität vor Ort immer wichtiger werden, haben wir ein weg- und zukunftsweisendes Landestourismuskonzept entwickelt.

### Niedersachsen ans schnelle Internet anschließen

Der Anschluss ans schnelle Internet entscheidet immer mehr, wo Menschen leben und Unternehmen sich niederlassen. Wir wollen bis zum Jahr 2020 möglichst alle Haushalte mit mindestens 30 Mbit/s versorgen. Dafür stehen 120 Millionen Euro zur Verfügung. Die neue „Niedersächsische Breitbandstrategie“ befähigt Kommunen, selbst in kreiseigene Netze zu investieren.



# SCHLAUES NIEDERSACHSEN

- ✓ Dritte Fachkraft für Krippen
- ✓ Leitlinien zur Transparenz in der Forschung geschaffen
- ✓ Studiengebühren abgeschafft
- ✓ Fachhochschulen über das Fachhochschulentwicklungsprogramm gestärkt
- ✓ Turbo-Abi abgeschafft
- ✓ Gesetz zur Stärkung der Beteiligungskultur innerhalb der Hochschulen auf den Weg gebracht
- ✓ Ganztagschule mit Qualität ermöglicht
- ✓ Kulturvertreter stärker in die Fördermittelvergabe eingebunden
- ✓ Inklusion in der Schule unterstützt
- ✓ Kooperationsprojekt „SCHULE:KULTUR“ initiiert
- ✓ Neugründung von Gesamtschulen erleichtert
- ✓ Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gestärkt

Von der Krippe bis zur Hochschule geben wir Zeit zum Lernen und Leben. Dabei kassieren wir konsequent die Fehler, die Schwarz-Gelb in der Vergangenheit gemacht hat. Wir statten die Krippen besser aus, machen Schluss mit der Diskriminierung der Gesamtschulen und haben die Studiengebühren in die Wüste geschickt. Denn Bildung lebt nicht von Hürden, sondern von Chancen und Vielfalt.

## Qualität und Entlastung von Anfang an

Die Kindertagesstätten sollen den Kindern einen verlässlichen Bezugs- und Schonraum bieten und die Grundlage für ihren weiteren Bildungsweg legen. Wir haben den Anfang für eine bessere Ausstattung mit qualifizierten Fachkräften gemacht, indem wir eine dritte Fachkraft für jede Krippengruppe finanzieren. Ganztagschulen sollen

die Familien entlasten und zugleich die Bildungschancen verbessern. Zudem haben wir die Hürden für die Neugründung von Gesamtschulen abgebaut. Schule ist nicht nur Lernraum, sondern auch Lebensraum – dafür sorgen ein neuer Ganztags-erlass und die Schulgesetznovelle. Das Turbo-Abi ist endlich Geschichte, damit wieder mehr individuelle Förderung und Schwerpunktsetzung in der Oberstufe stattfinden kann.

# 500€

Studiengebühren sparen Studierende in Niedersachsen pro Semester



Aus G8 wird G9

## Nach dem Wegfall der Studiengebühren:

Im Wintersemester 2014/15 haben sich **32.200 Studierende neu** an den niedersächsischen Hochschulen eingeschrieben. Das ist mit **4 Prozent** gegenüber dem Vorjahr bundesweit der größte Zuwachs!



sind den Niedersächsischen Hochschulen durch die Abschaffung der Studiengebühren verloren gegangen



Auch die Schullaufbahnpflicht hat ausgedient und macht für eine intensive Elternberatung Platz. Mit der inklusiven Schule verwirklichen wir das Grundrecht aller Kinder auf Teilhabe. Wir haben deshalb eine Qualifizierungsoffensive für die Umsetzung der Inklusion eingeleitet und arbeiten an dem Aufbau von professionellen Beratungs- und Unterstützungsangeboten.

### Gut Studieren und Forschen

Mit der Abschaffung der Studiengebühren haben wir ein zentrales Wahlversprechen umgesetzt. Der Wegfall der Studiengebühren wird den Hochschulen zu 100 Prozent vom Land über die sogenannten Studienqualitätsmittel ersetzt. Mit diesen zusätzlichen Geldern werden die Studienbedingungen verbessert, außerdem können die Studierenden über die Verteilung der Mittel mitbestimmen. Zugangshürden zum Studium müssen abgeschafft werden: Deshalb haben wir Projekte initiiert, die Abiturienten aus Nichtakademikerfamilien gezielt unterstützen, ihnen Wege ins Studium öffnen und ihnen den Einstieg erleichtern sollen.

Über den Hochschulentwicklungsvertrag gewinnen die Hochschulen Planungssicherheit, einen Schutz vor Kürzungen ihrer Budgets und inhaltliche Leitlinien wie etwa zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit. Die Hochschulen legen künftig Forschungsaufträge offen: Für wen wird geforscht, was ist Risikotechnologie? Apropos Forschung: Das neue Forschungsprogramm „Wissenschaft für nachhaltige Entwicklung“ trägt der zunehmenden Knappheit der Ressourcen unserer Erde Rechnung. Erstmals präsentieren die Forschergruppen ihre Projekte in einem öffentlich tagenden Kolloquium.

### Teilhabe am kulturellen Leben – von klein auf

Möglichst alle Menschen, unabhängig von Einkommen, Herkunft und Bildungsstand, sollen von Kulturangeboten profitieren können. Durch Zielvereinbarungen mit den Kulturfachverbänden, den Theatern und den vielen anderen Einrichtungen stärken wir die kulturelle Teilhabe. Dank des Projekts „SCHULE:KULTUR“, der Kooperation von Kulturschaffenden und Schulen, können Kinder und

Jugendliche in Niedersachsen schon früh an Kultur teilhaben und werden motiviert, selbst Theater, Kunst oder Musik zu machen. Unter Schwarz-Gelb war Kultur stets vom Rotstift bedroht. Wir haben den Kulturretat ausgebaut und mit einem speziellen Kulturpaket ein Zeichen für die Förderung in der Fläche und im ländlichen Raum gesetzt. Im Mittelpunkt stehen soziokulturelle Projekte, die unsere Regionen lebendiger und lebenswerter machen.

### Kinder und Jugendliche an die Macht

Wenn es um die Angelegenheiten der Kinder und Jugendlichen geht, sind sie selbst die besten Experten. Deshalb haben wir beschlossen, dass das Land die Kommunen bei der Umsetzung und Verstärkung von Beteiligungsmodellen wie beispielsweise Jugendbeiräten und Jugendforen stärker als bisher unterstützt und berät. Wir haben den Landesjugendhilfeausschuss und das Landesjugendamt wieder eingerichtet und damit die Beteiligung der freien Träger der Jugendhilfe in Niedersachsen gestärkt.

**Bisher:** 2 Fachkräfte für bis zu 15 Kinder einer Gruppe.  
**Künftig:** 3 Fachkräfte!





# FAIRES

# NIEDERSACHSEN

- ✓ Fairer Wettbewerb für regionale Betriebe und anständige Bezahlung der Beschäftigten
- ✓ Beratungstellen für Werkvertragsbeschäftigte sowie verbindliche Mindeststandards für Unterkünfte und Brandschutz
- ✓ Tarifvertrag in der Fleischindustrie
- ✓ Industrie 4.0 – Förderung mit Augenmaß
- ✓ Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge
- ✓ Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung nach transparenten, sozialen und ökologischen Kriterien
- ✓ Mit der Vereinbarung zur Fachkräftesicherung in Niedersachsen setzen wir auf die Qualifizierung und Integration von Menschen ohne Arbeit
- ✓ Wir wollen ältere Beschäftigte besser einbinden und streben eine höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen an
- ✓ Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards auch bei der öffentlichen Beschaffung

Work-Life-Balance und der Einklang von Fairness, Ökonomie und Ökologie klingen gut? Ja! Diese Kombination ist eine Win-Win-Situation für die Wirtschaft, Umwelt und vor allem die Menschen. Niemand braucht Angst vor Fairness in der Wirtschaft haben – das zeigen die bisherigen Erfahrungen mit dem Mindestlohn. Wir wollen ein Klima schaffen, in

dem sich Existenzgründer wohl fühlen und etwas trauen. Ein Klima, in dem Innovationen entstehen und die Vereinbarkeit von Leben und Beruf nicht zur Zitterpartie wird.

### Fairgabegesetz

Mit unserem Vergabegesetz tun wir vor allem etwas für die kleinen und mittleren Unternehmen in Nieder-

sachsen, indem wir für einen fairen und transparenten Wettbewerb sorgen. Anständige Bezahlung der Beschäftigten, die Verwendung von Materialien, die ohne Kinderarbeit und ökologisch verträglich hergestellt worden sind, und die Absenkung der Geltung dieser Vorgaben für einen Auftragswert ab 10.000 Euro stellen sicher, dass regionale Betriebe, die



### Rot-grünes Fairgabegesetz





sich fair am Markt aufstellen, gute Chancen auf öffentliche Aufträge haben.

### **Industrie 4.0 – Wie wir morgen produzieren und arbeiten**

Die Digitalisierung in der Industrie ist eine Entwicklung, die an Fahrt aufnimmt. Die Bedeutung haben wir erkannt. Es ist schon lange nicht mehr die Frage, ob wir die zunehmende Digitalisierung unserer Wirtschafts- und Arbeitswelt überhaupt wollen, sondern wie wir sie gestalten. Chancen bietet die Informatisierung der Fertigungstechnik im Bereich Energie- und Ressourceneffizienz. Wer wenig verbraucht, verschafft sich Vorteile im Wettbewerb und schont die Umwelt. Gleichzeitig sehen wir ein gewisses Risiko, dass Arbeitsbedingungen leiden und Bürgerrechte unterlaufen werden könnten. Einen gläsernen Menschen wollen wir nicht!

### **Hilfe zur Selbsthilfe mit gemeinwohlorientierter Wirtschaft**

Wir stärken soziales und ökologisches Wirtschaften in Niedersachsen.

Wenn Menschen Selbsthilfe organisieren, dann kann die noch junge Rechtsform der Sozialgenossenschaft die passende Grundlage bieten: das Haftungsrisiko ist beschränkt, die Gründungskosten sind relativ niedrig und es braucht nur drei Gründungsmitglieder. Wir wollen Sozialgenossenschaften bekannter machen und Förder- und Beratungsangebote entwickeln.

### **Kein Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen**

Wir treten dem Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen entschieden entgegen. Mittlerweile unterstützen und beraten in Braunschweig, Oldenburg und Hannover drei mobile Beratungsstellen Arbeitnehmer zu ihren Rechten. Vor allem in der Fleischindustrie wollen wir Betrieben das Handwerk legen, die unter schlimmsten Bedingungen Menschen ausbeuten. Wir haben dafür gesorgt, dass nun nicht nur ein Tarifvertrag in der Branche, sondern auch verbindliche Mindeststandards für Unterkünfte und Brandschutz gelten.

### **Guter Lohn für gute Arbeit mit ausgewogener Work-Life-Balance**

Der niedersächsische Arbeitsmarkt hat sich überdurchschnittlich gut entwickelt. Das liegt nicht nur an der guten wirtschaftlichen Stimmung, sondern auch an der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Die vielen Jahre der politischen Überzeugungsarbeit haben sich gelohnt! Gleichzeitig sorgen die Verdichtung von Arbeit und die Erwartung permanenter Erreichbarkeit für zunehmenden Stress am Arbeitsplatz. Zusammen mit Gewerkschaften, Unternehmen und Krankenkassen, haben wir Neuland betreten und suchen nach Wegen, wie ein gesunder Ausgleich zwischen Leistungen und Entspannungsphasen zu erreichen ist.

### **Work-Life-Balance**



Aus den Augen, aus dem Sinn hilft beim **Thema Prostitution** nicht weiter. Sperrgebietsausweitungen, wie sie Schwarz-Gelb immer wieder fordert, gehören in die Mottenkiste. Mit unserem Runden Tisch Prostitution haben wir einen Arbeitskreis initiiert, beim dem alle wichtigen Akteure zusammenkommen und gemeinsam Lösungen suchen, wie sich die Situation und Arbeitsbedingungen von Prostituierten in Niedersachsen verbessern lassen.



# WELTOFFENES NIEDERSACHSEN

- ✓ Wertgutscheinpraxis auf Landesebene beendet und durch Bargeldauszahlung ersetzt
- ✓ Amt der unabhängigen Beauftragten für Migration und Teilhabe eingeführt
- ✓ Aufnahme syrischer Flüchtlinge ausgeweitet
- ✓ Härtefallkommission reformiert
- ✓ Abschiebehaft faktisch abgeschafft
- ✓ Flüchtlingssozialarbeit und die Einrichtung von Koordinierungsstellen für Migration in den Kommunen gefördert
- ✓ Einbürgerungsoffensive gestartet
- ✓ Aufbau des Kriseninterventionszentrums für traumatisierte Flüchtlinge
- ✓ Erstmalige Beteiligung der Roma in der Landtagskommission zu Fragen der Migration und Teilhabe

Nach fast zehn Jahren schwarze-gelber Regierungspolitik mit einem Innenminister, der tausende Muslime unter Generalverdacht gestellt hat und eine Abschiebepolitik betrieben hat, die ihm bundesweit mehrfach den Titel des

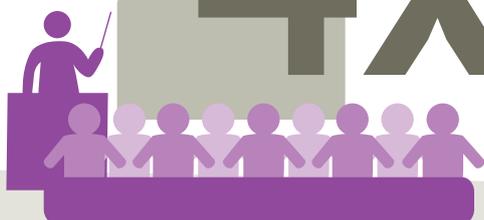
Abschiebeministers eingebracht hat, haben wir in den ersten beiden Regierungsjahren viele Fehlentwicklungen rückgängig gemacht und verfolgen konsequent eine menschenrechtsbasierte Flüchtlings- und Migrationspolitik.

### Willkommenskultur durch Willkommenstruktur

Erstmals stärken wir die Migrantenorganisationen durch eine institutionelle Förderung und würdigen damit ihr jahrzehntelanges ehrenamtliches Engagement für

Zahl der Sprachlernklassen von 60 auf 240 vervierfacht

# 4x



Landkreise mit Wertgutscheinen:

**Willkommenskultur:** Durch die rot-grünen Änderungen an der Härtefallkommissionsverordnung ist die Zahl der erteilten Aufenthaltserlaubnisse gestiegen



unsere Gesellschaft. Auch der Niedersächsische Flüchtlingsrat wird finanziell wieder unterstützt. Wir haben in Niedersachsen die Härtefallkommission grundlegend reformiert, womit sie einen bundesweiten Vorbildcharakter einnimmt. Für traumatisierte Flüchtlinge haben wir erstmalig in der Geschichte Niedersachsens ein Kriseninterventionszentrum für traumatisierte Flüchtlinge auf den Weg gebracht. Nicht zu vergessen: Die unsägliche Praxis der Wertgutscheinpraxis und die Residenzpflicht wurden abgeschafft. Ein weiteres Versprechen der Koalitionsvereinbarung wurde eingelöst: Das humanitäre Aufenthaltsrecht ist in Niedersachsen von nun an großzügig im Sinne der Betroffenen anzuwenden – Menschen dürfen nicht (erneut) vertrieben werden, sondern erhalten ein Aufenthaltsrecht, wenn sie in ihrem Aufenthaltsstaat bereits „verwurzelt“ sind.

### Zuflucht und Nachbarschaft

2014 haben über 15.400 Menschen

in Niedersachsen Asyl beantragt. In den kommenden Jahren wird die Zahl der Flüchtlinge, die hier Schutz vor Verfolgung suchen, voraussichtlich weiter ansteigen. Unsere Fraktion setzt sich für konkrete Verbesserungen bei den Aufnahmestrukturen des Landes ein. Gleichzeitig machen wir uns ein Bild von der Situation vor Ort: Unsere grünen Landtagsabgeordneten waren zu Besuch in zahlreichen Flüchtlingsunterkünften und sind intensiv mit Flüchtlingen, Willkommensinitiativen und Kommunen ins Gespräch gekommen. Ziel war es außerdem, das Engagement der zahlreichen Willkommensinitiativen mit unserem Besuch nicht nur zur würdigen, sondern auch Anregungen für die zukünftige Flüchtlingsarbeit mitzunehmen.

### Für eine menschenrechtsbasierte Flüchtlingspolitik auch im Bund

Durch die politische Konstellation im Bund ist es nicht leichter geworden, eine menschenrechtsbasierte Flüchtlingspolitik und eine

moderne Einwanderungspolitik zu schaffen, die sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Wir setzen uns im Bund gegen Asylverschärfungen ein und engagieren uns für ein Seenotretungsprogramm, um dem Sterben im Mittelmeer ein Ende zu setzen. Legale Einreisemöglichkeiten für die vorher nie da gewesenen Flüchtlingswanderungen schaffen wir mit dem Einsatz für humanitäre Aufnahmeprogramme. Neben der Aufnahme syrischer Flüchtlinge setzen wir uns auch für die Aufnahme von durch ISIS verfolgte Menschen ein. Insbesondere die von Gewalt betroffenen Frauen im Irak stehen dabei in unserem Fokus. Außerdem hat Niedersachsen ergänzend zum Bund selbst Aufnahmeanordnungen erlassen, um die Aufnahme syrischer Verwandter zu ermöglichen – dabei übernimmt das Land auch die Krankheits- und Pflegekosten, falls diese nicht von den Familien selber getragen werden können.



# GESUNDES NIEDERSACHSEN

- ✓ Mehr Geld für die Krankenhäuser
- ✓ Grundlagen für die Weiterentwicklung der betrieblichen Gesundheitsförderung geschaffen
- ✓ Die solidarische Umlagefinanzierung in der Altenpflegeausbildung und die Einrichtung der Pflegekammer auf den Weg gebracht
- ✓ Schulgeldfreiheit in der Altenpflegeausbildung umgesetzt
- ✓ Die Krankenhausplanung wurde an neuen Kriterien ausgerichtet und ein Landespsychiatrieplan initiiert
- ✓ Stärkung der Patientenrechte: Landespatientenbeauftragter auf den Weg gebracht
- ✓ Die berechtigten Forderungen der Hebammen nach angemessener Vergütung im Land und auf Bundesebene unterstützt

Der demografische Wandel verändert das Gesicht unserer Gesellschaft. In der Folge müssen sich auch viele andere Dinge mitverändern, zum Beispiel der Pflegesektor und die Krankenhauslandschaft. Wir nehmen die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft an und schaffen mit der Pflegekammer und Patientenfürsprechern starke Stimmen für Pflegende und Patienten.

## Gesundheit braucht gute Pflege

In der Pflegepolitik besteht ange-

sichts des demografischen Wandels großer Handlungsbedarf. Deshalb hat die Landesregierung die Schulgeldfreiheit sowie die solidarische Umlagefinanzierung der Altenpflege auf den Weg gebracht. Um die berufliche Pflege in Niedersachsen zu stärken und eine selbstständige Organisation der Pflege zu ermöglichen, machen wir uns für die Einrichtung einer Pflegekammer stark, die voraussichtlich 2017 ihre Arbeit aufnehmen wird. Mit der Novellierung des Niedersächsischen Heim-

gesetzes und der Förderung neuer Wohnformen im Alter setzen wir darüber hinaus Akzente für mehr Lebensqualität im Alter.

## Patient: Krankenhaus

Insbesondere ländliche Regionen in Niedersachsen stehen vor großen Herausforderungen bei der Sicherstellung der wohnortnahen und leistungsfähigen Gesundheitsversorgung. Diese muss jedoch bedürfnisorientiert in den Kommunen geplant und gesteuert werden. Im

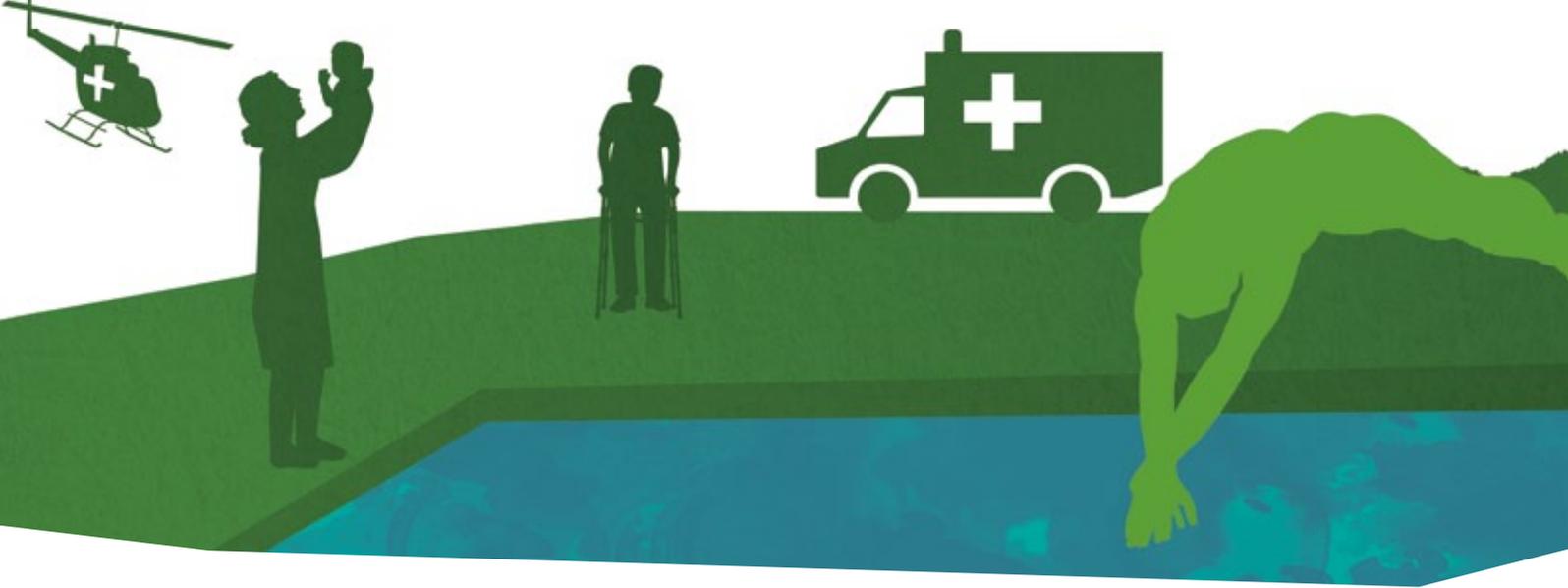
Pflegekammer: **67% der Pflegekräfte** haben sich für die Kammer ausgesprochen



Die Anzahl der **Pflegebedürftigen** wird bis 2030 deutlich steigen (+36,7%), die Anzahl der Pflegekräfte dagegen wird leicht sinken

# 2030





Rahmen des Projektes „Gesundheitsregionen Niedersachsen“ fördern wir deshalb den Aufbau kommunaler Strukturen und innovative Projekte zur wohnortnahen Gesundheitsversorgung. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage niedersächsischer Krankenhäuser haben wir die Krankenhausplanung an neuen Kriterien ausgerichtet: Demografische Erfordernisse und qualitative Indikatoren sowie die Teilnahme an der Notfallversorgung sollen stärker berücksichtigt werden. In vielen Regionalgesprächen im ganzen Land werden Gespräche mit den Akteuren vor Ort geführt, die an der Planung beteiligt werden.

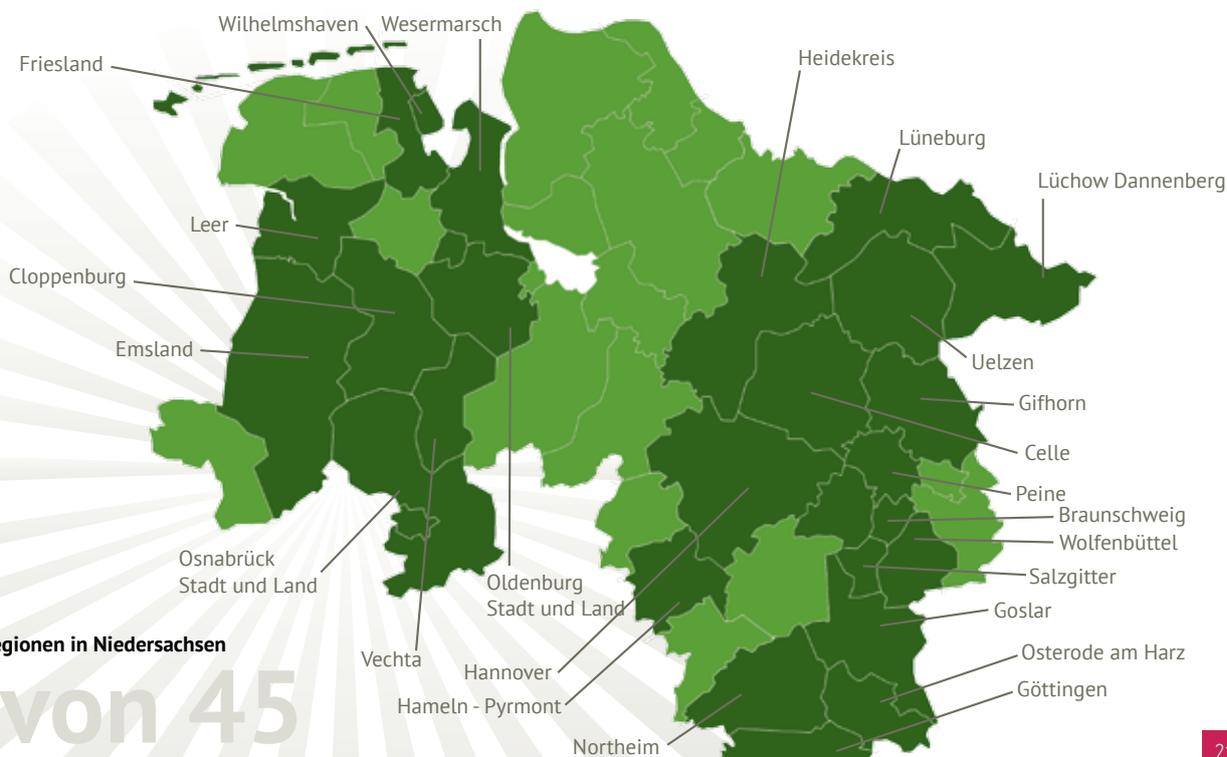
### Stärkung der Patientenrechte

Zukünftig wird es in allen niedersächsischen Krankenhäusern unabhängige Patientenfürsprecher geben, die Patienten und ihren Angehörigen eine Stimme verleihen und Kontaktperson bei Anregungen und Beschwerden sind. Auch auf Landesebene wird es mit der oder dem Landespatientenbeauftragten einen entsprechenden Ansprechpartner geben, der sich für die Einhaltung der Patientenrechte einsetzt. Die Rechte psychisch erkrankter Menschen haben wir deutlich gestärkt: Mit einer Änderung des Maßregelvollzugsgesetzes sind Zwangsbehandlungen von nun an an strenge Bedingungen geknüpft.

Das ist ein wichtiges Zeichen für die Wahrung der Selbstbestimmung psychisch kranker Menschen!

### Freie Wahl für den Geburtsort erhalten und natürliche Geburt stärken

Mit unserer Initiative zur Förderung der Natürlichen Geburt unterstützen wir die Wahlfreiheit werdender Mütter, wo und wie sie ihr Kind zur Welt bringen. Hebammen leisten einen für Eltern und Kinder unschätzbaren wichtigen Beitrag vor, während und nach der Geburt, den es zu erhalten gilt: Wir setzen uns dafür ein, dass der Beruf mit einer nachhaltig ausreichenden Einkommenssicherung attraktiv ist und bleibt.



Gesundheitsregionen in Niedersachsen

27 von 45



# ZUKUNFTSSICHERES NIEDERSACHSEN

- ✓ Schwarz-gelbes Defizit abgebaut
- ✓ Klarer Pfad zur Umsetzung der Schuldenbremse eingeschlagen
- ✓ Stärkung der Einnahmesituation des Landes
- ✓ Mehr Steuergerechtigkeit durch mehr Personal in der Steuerfahndung
- ✓ Schluss gemacht mit schwarz-gelben Rechenricks
- ✓ Niedersachsen bekommt 15 Prozent mehr EU-Fördermittel als bisher
- ✓ Neuausrichtung der EU-Förderung auf CO<sub>2</sub>-Reduzierung, KMU und Innovation
- ✓ Erarbeitung der entwicklungspolitischen Leitlinien für Niedersachsen auf den Weg gebracht
- ✓ Ehrenamtliche und professionelle Arbeit für mehr globale Gerechtigkeit gestärkt

Nicht jedes Erbe kann man ausschlagen. Wir stellen uns verantwortungsvoll dem schwarz-gelben Schuldenberg, indem wir Sparsamkeit und notwendige Investitionen zusammendenken – mit einer nachhaltigen Finanzpolitik, die wir ehrlich und nachvollziehbar darstellen. Genauso konsequent arbeiten wir im Bereich der EU-Förderpolitik. Die rot-grüne Landesregierung hat durch eine kluge und nachvollziehbare Planung so viele EU-Mittel wie

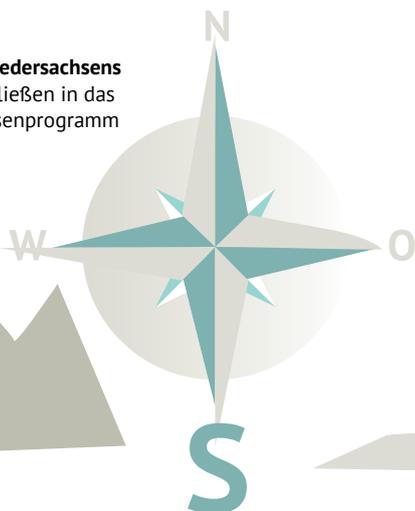
noch nie für Niedersachsen gesichert.

#### Rückführung der Neuverschuldung

Die rot-grüne Landesregierung hat 2013 einen riesigen Schuldenberg von fast 60 Milliarden Euro und ein strukturelles Defizit von 1,3 Milliarden Euro von Schwarz-Gelb geerbt. Mit dieser Politik machen wir Schluss. Finanzpolitische Nachhaltigkeit heißt für uns, keine finanziellen Lasten auf kommende Generationen zu verschie-

ben. Rot-Grün wird die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse spätestens im Jahr 2020 erreichen. Dafür reduzieren wir schon jetzt die Neuverschuldung jedes Jahr um 120 Millionen Euro. Während für 2014 noch 720 Millionen neue Schulden eingeplant waren, ist für das laufende Jahr der Rahmen für neue Kredite bereits auf 600 Millionen Euro begrenzt worden. Damit haben wir das schwarz-gelbe Defizit innerhalb von zweieinhalb Jahren bereits mehr als halbiert.

**Stärkung Südniedersachsens**  
100 Mio. Euro fließen in das Südniedersachsenprogramm



**970 Millionen Euro**

stehen dem Land für die Umsetzung von Fördervorhaben in den nächsten Jahren zur Verfügung. Das sind

**15%** mehr als bisher.



### Abbau des schwarz-gelben Investitionsstaus

Für uns ist entscheidend, den Sparkurs beharrlich Schritt für Schritt umzusetzen und gleichzeitig darauf Acht zu geben, dass wichtige Investitionen und Vorhaben nicht auf der Strecke bleiben – eine kaputte Infrastruktur würde zu noch höheren Kosten für künftige Generationen führen. Deshalb hat Rot-Grün bereits im Jahr 2013 ein Sondervermögen von 120 Millionen aufgelegt, um den von der Vorgängerregierung hinterlassenen Investitionsstau unter anderem bei Landesgebäuden sukzessive abzubauen.

### Zukunftsinvestitionen in die Bildung

Zu den Zukunftsinvestitionen gehören für uns ganz besonders zusätzliche Bildungsausgaben. Mehr Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich schaffen wir etwa durch die 420 Millionen Euro schwere „Zukunftsoffensive Bildung“ mit dem Ausbau der Ganztagschule. Oder durch den Wegfall der Studiengebühren, die wir bis 2018 mit mehr als 450 Millionen Euro an Studienqualitätsmitteln für die Hochschulen vollständig kompensieren. Auch die flächendeckende Einführung einer dritten Betreuungs-

kraft in den niedersächsischen Krippen ist für uns ein dringend notwendiger Schritt, um Bildung von Anfang an zu ermöglichen. Hierfür werden bis 2018 240 Millionen Euro im Landeshaushalt bereitgestellt.

### Keine schwarz-gelben Trickereien mehr

Im Bereich der Finanzpolitik ist uns das Prinzip der Transparenz sehr wichtig. Unter Schwarz-Gelb wurde die Neuverschuldung häufig durch Rechenricks abgesenkt – etwa indem die landeseigene Hannoversche Beteiligungsgesellschaft (HanBG) zur Schattenverschuldung genutzt wurde. Wir führen diese Schattenhaushalte der Vorgängerregierung schrittweise zurück. Schwarz-Gelb hat Steuerhinterziehung durch den Personalmangel in den Finanzämtern zu leicht gemacht. Wir haben daher 100 neue Stellen im Bereich der Steuerfahndung und der Betriebsprüfung geschaffen, damit diese effektiv für Steuergerechtigkeit in Niedersachsen sorgen können!

### EU-Förderung aus einem Guss

Vier Regionalbeauftragte vertreten auf regionaler Ebene die Interessen der Regionen und koordinieren Pro-

jekte und Kooperationen unter Beteiligung der Akteure vor Ort. Für eine EU-Förderung aus einem Guss haben wir die EU-Mittel neu strukturiert und dafür gesorgt, dass sie gezielter und effizienter eingesetzt werden. Ein rot-grüner Verhandlungserfolg: Noch nie hat Niedersachsen bei der nationalen Verteilung der EU-Mittel so viel Geld für den ländlichen Raum erstritten. Insbesondere Landwirte und Kommunen profitieren davon spürbar.

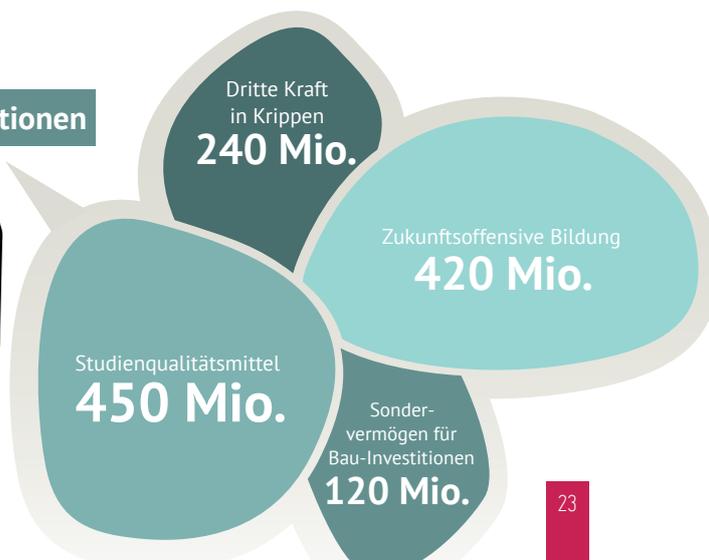
### Global denken, lokal handeln

Auch Niedersachsen bekennt sich zu seiner Verantwortung in der Einen Welt. Daher haben wir die Erarbeitung von entwicklungspolitischen Leitlinien für das Land auf den Weg gebracht und sorgen so für eine engere Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Akteure der Entwicklungszusammenarbeit. Außerdem haben wir die hauptsächlich ehrenamtliche Arbeit für mehr globale Gerechtigkeit gestärkt und unterstützen das Europäische Informationszentrum EIZ. Auch auf kommunaler und Landesebene denken wir global und handeln lokal: Wir setzen uns für einen sozialen, fairen und klimafreundlichen Handel im Beschaffungswesen von Landesbehörden ein.

Reduzierung der Neuverschuldung



### Zukunftsinvestitionen





# BÜRGERFREUNDLICHES NIEDERSACHSEN

- ✓ Beschwerdestelle für Bevölkerung und Polizei eingerichtet
- ✓ Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten auf den Weg gebracht
- ✓ Bürgerrechtsfreundliches Polizeigesetz auf den Weg gebracht
- ✓ Stellenhebungen bei der Polizei
- ✓ Rockerszene eingeschränkt
- ✓ Gesetz zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes auf den Weg gebracht
- ✓ Verfassungswidrige gemeinsame Unterbringung von Straf- und Abschiebungshäftlingen beendet
- ✓ Dialog mit islamischen Verbänden aufgenommen
- ✓ Jugendarrestvollzugsgesetz auf den Weg gebracht
- ✓ Das Mentoring-Programm des Landes „Politik braucht Frauen“ macht Frauen Lust auf Kommunalpolitik und befördert ihren Einstieg in die Politik
- ✓ Gesetz zur Neufassung des Diskriminierungsverbotes auf den Weg gebracht
- ✓ Sicherheit an Gerichten verbessert
- ✓ Modellprojekt zur bürgerfreundlichen Rechtssprache initiiert

Wir setzen auf eine ausgewogene Politik im Spannungsfeld zwischen Sicherheit, Beteiligung und Freiheit. Auch aktiv vor Ort: In Bad Nenndorf stellen wir uns gemeinsam mit dem „Bündnis gegen Rechts“ gegen den jährlichen Naziaufmarsch.

### Sicher und bürgerrechtsfreundlich

Wir haben eine Beschwerdestelle für Bürgerinnen und Bürger sowie Polizei eingerichtet, die sehr erfolgreich arbeitet. Die individuelle Kennzeichnungspflicht der Polizeibeamten in geschlossenen Einsätzen ist in Ar-

beit. Rot-Grün hat ein bürgerrechtsfreundliches Polizeigesetz auf den Weg gebracht. Das neue Gefahrenabwehrgesetz (NGefAG) befindet sich im Beteiligungsverfahren und wird demnächst in den Landtag eingebracht. Mit dem ersten rot-grünen Haushalt





wurden die seit Jahren überfälligen Stellenhebungen bei der Polizei veranlasst, der Beförderungsstau in der Polizei angepackt und die Motivation sowie die Attraktivität in der Polizei gefördert.

### **Rockerszene wird effektiv bekämpft**

Gegen die Rockerszene, die in sogenannten Outlaw Motorcycle Gangs organisiert ist, wird auf allen Ebenen in Niedersachsen jetzt konsequent vorgegangen. Richtig und wichtig war dabei auch das Insignien-Verbot des Landes Niedersachsen. Dadurch sind das Tragen von Kutten sowie ihre Abzeichen auf Clubhäusern und Motorrädern verboten, dazu zählen auch Tätowierungen, zum Beispiel des Totenkopfs. Damit schränken wir die Machtposition der Rockerszene stark ein.

### **Reform des Verfassungsschutzes**

Unser Gesetz zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes in Niedersachsen mit mehr Transparenz, mehr Kontrolle, stärkeren Einschränkungen und einer Konzentration der Aufgaben befindet sich in der parlamentarischen Beratung. Dank der Task Force Verfassungsschutz konnte der Speiche-

rungswut personenbezogener Daten der schwarz-gelben Vorgängerregierung Einhalt geboten werden. So wurden zum Beispiel beim sogenannten Linksextremismus 25 Prozent der Datensätze gelöscht, um der illegitimen Praxis der pauschalen Stigmatisierung von Demonstranten einen Riegel vorzuschieben.

### **Verfassungsänderung**

Das Gesetz zur Neufassung des Diskriminierungsverbotes in der Niedersächsischen Verfassung befindet sich in der parlamentarischen Beratung. Ziel ist es, das Verbot der Diskriminierung auf Grund der sexuellen Identität aufzunehmen sowie die Verwendung des Begriffes „Rasse“ zu streichen.

### **Abschiebehaft ist keine Haft**

Die rot-grüne Landesregierung hat die verfassungswidrige gemeinsame Unterbringung von Straf- und Abschiebungshäftlingen Anfang 2014 beendet. Abzuschiebende sind als solche keine Straftäter. Ihre Inhaftierung dient allein der Sicherstellung der Abschiebung, wenn entsprechende Haftgründe vorliegen. Grundsätzlich fordern wir die Abschaffung der Abschiebehaft auf Bundesebene. Wir

sind mit dem Anspruch angetreten, in Niedersachsen erstmals ein Jugendarrestvollzugsgesetz zu schaffen. Die Landesregierung hat einen Entwurf für ein den verfassungsrechtlichen Anforderungen entsprechendes, modernes, konsequent am Erziehungsge-danken ausgerichtetes Gesetz vorgelegt, mit dem die bisherige, deutlich zu hohe Rückfallquote von 60 Prozent reduziert werden soll.

### **Politik vor Ort**

Durch die Wiedereinführung der Stichwahl bei der Wahl von Bürgermeistern und Landräten und der Synchronisierung ihrer Amtszeiten mit denen der Räte haben wir die kommunale Demokratie gestärkt. Zudem wurde mit der Reform des Petitionswesens mehr Bürgerbeteiligung verankert. Auf einem guten Weg sind wir in den noch andauernden Verhandlungen zur Bürgerbeteiligung im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG). Wir streben dort insbesondere an, das Unterschriftenquorum bei Bürgerbegehren zu staffeln, das Zustimmungsquorum bei Bürgerentscheiden zu senken und die Kommunalverwaltungen durch eine Klausel zur Neutralität zu verpflichten.



Mehr Datenschutz! Aufgrund der **Task Force Verfassungsschutz** wurden beim sogenannten Linksextremismus 25 Prozent der Datensätze gelöscht

**ROT-GRÜN** entkriminalisiert  
DemonstrantInnen



# MITARBEITERINNEN IM ÜBERBLICK

## Geschäftsstelle

### **Andrea Schneider**

Organisatorische Geschäftsführerin  
0511/3030-4202  
andrea.schneider@lt.niedersachsen.de

### **Marcus Blumtritt**

Politischer Geschäftsführer  
0511/3030-4203  
marcus.blumtritt@lt.niedersachsen.de

### **Helmut Freitag**

Geschäftsführung, EDV  
0511/3030-4206  
helmut.freitag@lt.niedersachsen.de

### **Jan-Philipp Ramm**

Fraktionsassistent (EDV)  
0511/3030-4219  
jan.ramm@lt.niedersachsen.de

### **Ina Blume**

Sekretariat  
0511/3030-4231  
ina.blume@lt.niedersachsen.de

## Pressestelle

### **Theresa Junge**

Pressesprecherin  
0511/3030-4205  
theresa.junge@lt.niedersachsen.de

### **Franziska Meusel**

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
0511/3030-4204  
franziska.meusel@lt.niedersachsen.de

### **Helmut Freitag**

Internetredaktion  
0511/3030-4206  
helmut.freitag@lt.niedersachsen.de

### **Franziska Wosniok**

Referentin für Öffentlichkeitsarbeit  
0511/3030-4214  
franziska.wosniok@lt.niedersachsen.de

### **Jonny Peter**

Referent für Öffentlichkeitsarbeit  
ab 1. Oktober 2015  
jonny.peter@lt.niedersachsen.de

## FachreferentInnen

### **Stephan Beins**

Referent für Migration, Innenpolitik, Bürgerbeteiligung,  
Petitionen, Strafvollzug  
stephan.beins@lt.niedersachsen.de

### **Andrea Budlofsky**

Referentin für Wissenschaft, Kultur, Medien,  
Netzpolitik, Europa  
andrea.budlofsky@lt.niedersachsen.de

### **Heinrich Sydow**

Referent für Soziales,  
Gesundheit, Städtebau  
heinrich.sydow@lt.niedersachsen.de

### **Sinja Münzberg-Jesche**

Referentin für Soziales, Gesundheit und Städtebau  
(Vertretung)  
sinja.muenzberg@lt.niedersachsen.de

### **Nicole Otte**

Referentin für Wirtschaft, Arbeit,  
Tourismus, Verkehr, Häfen, Frauen  
nicole.otte@lt.niedersachsen.de

### **Simon Schütte**

Referent für Haushalt, Finanzen, Kommunales, Sport  
simon.schuette@lt.niedersachsen.de

### **Lore Schmidt**

Referentin für Innenpolitik,  
Recht und Verfassung  
lore.schmidt@lt.niedersachsen.de

### **Reinhard Tydecks**

Referent für Schule, Kinder und Jugend  
reinhard.tydecks@lt.niedersachsen.de

### **Josef Voss**

Referent für Umwelt, Landwirtschaft und  
Verbraucherschutz  
josef.voss@lt.niedersachsen.de

### **Franziska Wosniok**

Referentin für Atom- und Energiepolitik  
franziska.wosniok@lt.niedersachsen.de

# ABGEORDNETE IM ÜBERBLICK



**ANJA PIEL**  
Fraktionsvorsitzende

anja.piel@lt.niedersachsen.de  
T. 0511/3030-3302



**HELGE LIMBURG**  
Parl. Geschäftsführer, stellv. Fraktionsvorsitzender, Sprecher für Rechtspolitik, Verfassungsfragen, Verfassungsschutz

helge.limburg@lt.niedersachsen.de  
T. 0511/3030-3305



**FILIZ POLAT**  
Stellv. Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für Migration und Flüchtlinge, Pflege und Senioren, Denkmalschutz, Vorsitzende der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe

filiz.polat@lt.niedersachsen.de  
T. 0511/3030-3303

**MIRIAM STAUDTE**  
Stellv. Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für Atompolitik, Verbraucherschutz, Tierschutz, Jagdpolitik

miriam.staudte@lt.niedersachsen.de  
T. 0511/3030-3309



**OTTMAR VON HOLTZ**  
Stellv. Fraktionsvorsitzender, Sprecher für Wissenschaft, Erwachsenenbildung, Petitionsrecht

ottmar.vonholtz@lt.niedersachsen.de  
T. 0511/3030-3322



**GERALD HEERE**  
Mitglied im Fraktionsvorstand, Sprecher für Haushalt und Finanzen, Medien

gerald.heere@lt.niedersachsen.de  
T. 0511/3030-3318



**STEFAN WENZEL**  
stellv. Ministerpräsident, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz

stefan.wenzel@lt.niedersachsen.de  
T. 0511/3030-3301



**DR. GABRIELE HEINEN-KLJAJIĆ**  
Ministerin für Wissenschaft und Kultur

gabriele.heinen@lt.niedersachsen.de  
T. 0511/3030-3304



**CHRISTIAN MEYER**  
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

christian.meyer@lt.niedersachsen.de  
T. 0511/3030-3306



**REGINA ASENDORF**  
Sprecherin für Wasserpolitik, Bundes- und Europaangelegenheiten

regina.asendorf@lt.niedersachsen.de  
T. 0511/3030-3312



**VOLKER BAJUS**  
Sprecher für Umwelt, Energie, Kulturpolitik

volker.bajus@lt.niedersachsen.de  
T. 0511/3030-3316



**JULIA WILLIE HAMBURG**  
Sprecherin für Kinder, Jugend, Familie, Antifaschismus, Queerpolitik

julia.hamburg@lt.niedersachsen.de  
T. 0511/3030-3307



**HANS-JOACHIM JANBEN**  
Sprecher für Agrarpolitik, Naturschutz, Forstwirtschaft, Fischerei und Raumordnung

hans-joachim.janssen@lt.niedersachsen.de  
T. 0511/3030-3325



**META JANSSEN-KUCZ**  
Sprecherin für Innenpolitik, Vorsitzende der Datenschutzkommission

meta.janssen-kucz@lt.niedersachsen.de  
T. 0511/3030-3311



**SUSANNE MENGE**  
Sprecherin für Verkehr, Häfen und Schifffahrt

susanne.menge@lt.niedersachsen.de  
T. 0511/3030-3314



**BELIT ONAY**  
Sprecher für BürgerInnenbeteiligung, Kommunalpolitik, Sportpolitik, Netzpolitik, Datenschutz, Ansprechpartner für islamische Verbände

belit.onay@lt.niedersachsen.de  
T. 0511/3030-3313



**HEINER SCHOLING**  
Sprecher für Schulpolitik, Justizvortrag, Gedenkstätten, Religionspolitik, Vorsitzender Kultusausschuss

heiner.scholing@lt.niedersachsen.de  
T. 0511/3030-3323



**THOMAS SCHREMMER**  
Sprecher für Arbeitsmarkt, Sozialpolitik, Gesundheit, Psychiatrie, Bauen und Wohnen, Demographiepolitik

thomas.schremmer@lt.niedersachsen.de  
T. 0511/3030-3320



**ELKE TWESTEN**  
Sprecherin für Frauenpolitik

elke.twesten@lt.niedersachsen.de  
T. 0511/3030-3310



**MAARET WESTPHELY**  
Sprecherin für Wirtschaft, Regionalentwicklung, Tourismus, Eine-Welt-Politik

maaret.westphely@lt.niedersachsen.de  
T. 0511/3030-3308



**KONTAKT:**  
T. 0511/3030-4201

gruene@lt.niedersachsen.de  
www.fraktion.gruene-niedersachsen.de

Print  kompensiert  
Id-Nr. 7548423  
www.budm-online.de

## FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IM LANDTAG NIEDERSACHSEN

 Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover

 0511/3030-4201

 [gruene@lt.niedersachsen.de](mailto:gruene@lt.niedersachsen.de)

 [twitter.com/grueneltns](https://twitter.com/grueneltns)

 [facebook.com/grueneltns](https://facebook.com/grueneltns)

 [www.fraktion.gruene-niedersachsen.de](http://www.fraktion.gruene-niedersachsen.de)

